

Der Kulturkampf im Elsass

Autor(en): **O.H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Geistesfreiheit**

Band (Jahr): **4 (1925)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-407198>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kirchengeschichte, hebräische Sprache, Erforschung des alten und neuen Testaments müßten wohl auch die Gegner der theologischen Fakultät zugestehen, wie ja solche auch in Frankreich, Holland und Italien errichtet worden sind, und so sei es recht fraglich, ob durch die vorgeschlagene Aenderung überhaupt eine Ersparnis für den Staat erzielt würde. Die Beschneidung der theologischen Fakultät auf eine religionswissenschaftliche Abteilung der philosophischen Fakultät hätte überdies die Seminausbildung der Theologiestudenten, der Pfarrkandidaten zur Folge; der Staat habe aber kein Interesse daran, das theologische Studium einem Predigerseminar zu überweisen und es der Universität zu entziehen, wo die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung auch auf dem Gebiet der Religion am besten gesichert bleibe. — Bemerkenswert war die Stellung, welche die *Katholiken* zur Vorlage einnahmen. Trotz des Liebeswerbens der übrigen bürgerlichen Parteien enthielten sie sich der Stimme. Sie erinnerten daran, daß sie vor einiger Zeit mit ihrer Forderung auf Zulassung der Ordenspersonen zur Lehrtätigkeit auch isoliert dagestanden hätten und wollten daher vorerst einmal zuwarten. So kam es schließlich zum vorläufigen Sieg des kommunistischen Postulates; es wurde mit 56 gegen 52 Stimmen der Regierung zur Prüfung überwiesen. Die Kommunisten haben geschlossen für die Ueberweisung gestimmt, ebenso die Sozialdemokraten mit 3 Enthaltungen. Die Liberalen, die Bürgerpartei, die evangelische Volkspartei und der Grütliauer stimmten geschlossen gegen die Ueberweisung, die Radikalen mit einer einzigen Ausnahme. Die Katholiken beharrten, wie gesagt, auf ihrer Neutralität.

Ob mit diesem Resultat auch tatsächlich etwas in der Richtung der weiteren Trennung von Kirche und Staat, wie dies die Linksparteien erstrebten, erreicht sein wird, bleibt vorderhand abzuwarten. Allzuhoch wird man den kommunistischen Erfolg nicht einschätzen dürfen. Trotz des für den Linksblock günstigen Ausgangs der Debatte ist ja das letzte Wort im Großen Rat über diese Angelegenheit noch nicht gesprochen und schließlich wird das Volk noch um sein Ja oder Nein befragt werden müssen. Dieser Volksentscheid wird aber die geplante Neuerung schwerlich gutheißen. Auserst bedauerlich und gefährlich wäre es nur, wenn in der Zukunft der Bürgerblock zur Niederwerfung seiner Gegner — von allen guten Geistern verlassen — die Hilfe der Katholiken dadurch erkaufen wollte, daß er ihnen in der Frage der Zulassung der Ordenspersonen zur Lehrtätigkeit entgegenkäme. Das hieße wirklich den Teufel durch Beelzebub, den Obersten der Teufel austreiben. Wir Freidenker werden uns über die schließliche Ablehnung des kommunistischen Antrages keine grauen Haare wachsen lassen, im Gegenteil. Gewiß, das Postulat Wieser ist konsequent, aber ob es auch gut ist, ist denn doch eine andere Frage. Wir halten dafür, daß es auch im Interesse des freien Gedankens tatsächlich besser ist, wenn unsere jungen Theologen in der wissenschaftlichen Sphäre der Universität ausgebildet werden, als wenn sie in der muffigen Luft eines Predigerseminars zu engherzigen und fanatischen Dienern ihrer Kirche herangezogen und dann mit ihren Scheuklappen auf das Volk losgelassen werden. Die Ausbildung der katholischen Geistlichen, die in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr von den Universitäten in die Priesterseminarien verlegt worden ist, kann dafür lehrreiche und warnende Beispiele liefern. Solange es übrigens die Linksparteien in Basel noch nicht einmal dazu gebracht haben, daß das Schulgebet in den staatlichen Schulen strikte verboten und das Volksschulwesen auf rein weltlicher Grundlage errichtet wird, eilt es auch wirklich nicht mit der Aufhebung der theologischen Fakultät. Es gibt einstweilen entschieden noch Wichtigeres zu tun im Dienste des freien Denkens.

G.

Zu derselben Angelegenheit wird uns ferner geschrieben:

Ein von den Kommunisten im Großen Rat eingebrachtes, lebhaft diskutiertes Postulat, wonach die theologische Fakultät an der Universität abzuschaffen sei, ist dem Regierungsrat überwiesen worden. Für Abschaffung traten außer den Kommunisten die Sozialdemokraten und ein freisinniger Anwalt ein; alle übrigen Bürgerlichen stimmten für Beibehaltung,

während sich die Katholiken und drei mutige Sozialdemokraten der Stimme enthielten. Auch die Regierung wider setzte sich der Ueberweisung, weil sie einen Beschluß vor Behandlung des Universitätsgesetzes unzweckmäßig finde.

Eine eigentümliche Logik. Als ob nicht gerade vor Behandlung eines Gesetzes Direktiven erwünscht sein müßten.

Die Katholiken, die eigentlich für Aufhebung der protestantischen Pfarrerbildungsanstalt — etwas anderes ist ja die theologische Fakultät nicht — hätten stimmen müssen, haben sich diplomatisch klug enthalten. Es ist zu erwarten, daß sie sogar gegen die Aufhebung stimmen werden, insofern man sich hierfür erkenntlich zeigt. Bereits haben die Katholiken ihr bescheidenes Wünschlein laut werden lassen: Errichtung einer Professur für Patristik oder scholastische Philosophie an der Universität. Das hat gerade noch gefehlt, nachdem bereits unsere philosophische Fakultät sich rühmen kann, den Dualismus in jeglicher Gestalt zu lehren. Doch mit diesem Würstlein wäre, wie dem «Vaterland» von «hochangesehener geistlicher Seite» geschrieben wird, der Hunger der Katholiken keineswegs gestillt. Ihre Forderungen gehen nach dem Schlußpassus des besagten Artikels ein bißchen weiter: «Aus der Ferne scheint es, diese Gegenleistung wäre nicht genügend. Abgesehen davon, daß die Ausschließung katholischer Professoren ohnehin eine Ungerechtigkeit und ein Schaden für die Universität selber ist, wer verbürgt, daß die versprochenen Professoren vollkarätige Katholiken sein würden? Und wäre der katholischen Sache mit diesem Mischmasch groß gedient? Uns will scheinen, die entsprechende Gegenleistung bestände darin, daß den Katholiken in Basel die Protestanten endlich das geben, was diese in ihrem Sinne schon längst besitzen: Katholische Schulen, seien es freie Schulen mit staatlichem Zuschuß, seien es katholische Schulabteilungen mit staatlichem Charakter, oder wie immer man die Sache kombinieren will. Was in Holland, in England, in Belgien möglich, soll endlich auch in Basel nicht unmöglich sein. Das wäre eine wirklich entsprechende Gegenleistung, obschon auch sie nur eine späte Erfüllung dessen, was längst eine Forderung der Gerechtigkeit gewesen.»

Ob nun gewissen Kreisen endlich die Augen aufgehen? Wir glauben kaum; denn die meisten Voten der frommen Protestanten zeugten allzu sehr von Armut im Geiste.

Die schwarze Hermandad. Ein Fastnachtwitz, man werde den letzten protestantischen Basler Polizisten von Künstlerhand verewigen, hat die Öffentlichkeit neuerdings darauf aufmerksam gemacht, daß der ultramontane Vorsteher des Polizeidepartements größtenteils oder sogar ausschließlich Katholiken einstelle. Die Prüfungskommission des Großen Rates teilt nun zur Beruhigung der Bevölkerung mit, der Polizeidirektor hätte versichert, es werde überhaupt keine Liste über die konfessionelle Zugehörigkeit der Polizisten geführt.

Es mutet denn doch mehr als naiv an, wenn sich die großrätliche Prüfungskommission mit dieser piffigen Erklärung abspesen ließ. Als ob den Schwarzen so wenig an der Konfession läge, daß sie sich über derlei Privatsachen überhaupt nicht kümmern. Warum aber hat der Vorsteher des Polizeidepartements nicht sofort eine Enquête angeordnet, um dem Vorwurf einseitig konfessioneller Bevorzugung zu begegnen? Doch offenbar deshalb, weil eine Statistik den einwandfreien Nachweis hätte erbringen und darlegen müssen, wie die Katholiken, sobald sie an einflußreichen Stellen sind, diese zu ungunsten der andersgläubigen Bevölkerung ausnützen. Allein so weit reichen die Schlüsse der dummen Protestanten nicht, denkt der Polizeigewaltige, und wirkt ungestört weiter im Geiste der Alleinseligmachenden. -r.

Der Kulturkampf im Elsaß.

Die französischen *Kardinäle und Erzbischöfe* haben eine *programmatische Erklärung* veröffentlicht, in der sie die antikerikale Politik der Regierung Herriot verurteilen und gegen die Einführung der interkonfessionellen Staatsschule (Simultanschule, Laienschule) in Elsaß-Lothringen Stellung nehmen. In dieser Erklärung wird u. a. gesagt, daß die Gesetze über die Trennung von Kirche und Staat und über die

konfessionslose Schule den Rechten Gottes (!) und den menschlichen Interessen zuwiderlaufen, und daß die französischen Katholiken die Regierung nur so lange zu unterstützen hätten, als diese ehrlich und loyal für das Wohl aller Bevölkerungskreise besorgt sei. (Wie es dem katholischen Klerus um das Wohl *aller* Bevölkerungskreise zu tun ist, wo die Macht auf seiner Seite ist, zeigt sich im Konkordatsbayern.) Das Schreiben verbietet den Katholiken die Zugehörigkeit zur sozialistischen, kommunistischen oder anarchistischen Partei, die nicht nur von der Kirche abgelehnt, sondern auch von der reinen Vernunft verdammt werde. Hingegen erlaubt die Kirche ihren Mitgliedern die Zugehörigkeit zu den Republikanern, *Royalisten* oder *Bonapartisten*. (Selbstverständlich! Die alte Interessengemeinschaft zwischen Thron und Altar.) Am Schlusse der Erklärung heißt es, es müsse der Politik der Regierung der Krieg erklärt werden; seit langem sei die Gelegenheit hiezu nicht günstiger gewesen, als gerade jetzt.

Diese Erklärung hat in allen politischen Kreisen der französischen Republik großes Aufsehen hervorgerufen. Die radikale und radikal-sozialistische Gruppe der Kammer nahm eine Motion an, in der es u. a. heißt, das Manifest der Kardinäle und Erzbischöfe sei eine wahre Kriegserklärung an die französischen Gesetze, das freie Denken und die Demokratie, ein Aufruf zur Auflehnung gegen das Gesetz, zum Bürgerkrieg. Die Regierung wird ersucht, auf diese Herausforderung durch entschiedene Anwendung der republikanischen und Laiengesetze zu antworten, und die republikanische Bevölkerung eingeladen, sich zu einigen und zu organisieren zum Schutze der öffentlichen Rechte und Freiheiten, gegen welche der engherzige Geist der Intoleranz und des Fanatismus heute mit unerhörter Anmaßung Sturm laufe.

Die katholische Presse will das Manifest lediglich als eine «Abwehrkundgebung gegen die zahlreichen Uebergriffe der Regierung und Verwaltung unter Herriot» darstellen. Es kommt in Paris und in der Provinz zu zahlreichen katholischen Protestversammlungen, an denen sich auch die katholischen Parlamentarier beteiligen. Kardinal Dubois, Erzbischof von Paris, läßt in der Notre-Dame-Kirche die Gläubigen ersuchen, nach der Messe zur Entgegennahme einer Erklärung seinerseits in der Kirche zurückzubleiben, wonach das Manifest der Kardinäle und Erzbischöfe jeder politischen Bedeutung entbehren würde und gänzlich mißverstanden worden wäre. «Es war,» sagte er, «eigentlich nur eine dogmatische Definition, eine Kathedismuskatechese; die Kirche befürwortet alle Freiheiten, im besonderen die Religionsfreiheit.» (Die katholische Kirche ist um eine Ausrede, deren dunkeln Sinn außer ihren Vertretern niemand versteht, bekanntlich nie verlegen.) Der päpstliche Nuntius, der (nach Dubois) vom Manifest der hohen Geistlichkeit vor dessen Erlaß so wenig Kenntnis gehabt haben soll wie der Vatikan, hat der Abgabe dieser Erklärung, die auf die ganze Zuhörerschaft einen großen Eindruck gemacht habe, persönlich beigewohnt.

Im Elsaß selbst erließ der Bischof von Straßburg (Charles Ruch) an die seiner Obhut anvertrauten Schäflein im allgemeinen und an die katholischen Familienväter und -mütter im besonderen einen *Hirtenbrief*, in dem er mitteilt, daß das «Aktionskomitee für die Verteidigung der religiösen Freiheiten und Traditionen im Elsaß» zum Protest gegen die auf Befehl des Ministerpräsidenten angeordnete Aufhebung der katholischen Volksschulen Colmars und deren Umwandlung in interkonfessionelle Schulen einen allgemeinen *Schulstreik* beschlossen habe. Alle katholischen Eltern werden aufgefordert, Montag, den 16. März (auf diesen Tag war die Umwandlung der konfessionellen Volksschulen Colmars und anderer Städte angesetzt worden) keines ihrer Kinder in die öffentlichen Volksschulen des Ober- und Unterelsaß zu schicken. In Colmar werde der Streik drei Tage, in den übrigen elsässischen Gemeinden einen Tag dauern. Wenn die Verhältnisse es erheischen würden, werde der Streik wieder beginnen und so lange fortgesetzt werden, als es notwendig sei. «Euer Bischof billigt diesen Beschluß rückhaltlos. Er macht ihn zu dem seinigen und beschwört euch, ihn auszuführen, geschlossen und ohne Zögern,» heißt es weiter. «Die Einführung der konfessionslosen Schule ist ein Attentat gegen das Gewissen der katholischen Eltern. Man entfernt aus den Schulen die

Sinnbilder unserer Religion; man schafft unsere Gebete und katholische Schulbücher ab. Man zwingt die katholischen Lehrpersonen, ihren Glauben in der Schule zu verheimlichen, oder ersetzt sie durch Lehrpersonal, die unserer Kirche fernstehen. Früh oder spät wird man unsere Lehrschwester aus den Schulen vertreiben, denn ihr Kleid ist nicht interkonfessionell... Die Maßnahme (der Regierung) steht im Widerspruch mit dem französischen, in Elsaß-Lothringen geltenden Gesetz... Sie ist eine Verletzung der Freiheit der Eltern. Katholische Väter und Mütter! Das Budget des öffentlichen Unterrichts wird mit euren Steuergeldern gespeist. Die Schule gehört nicht der Freimaurerei und eure Kinder nicht dem Staate. Dieser hat nicht das Recht, euch die Steuergroschen aus der Tasche zu holen, um euren Kindern eine Erziehung aufzuzwingen, von der ihr nichts wissen wollt... Warum will man den mehr als hunderttausend Katholiken Colmars und Straßburgs die interkonfessionelle Schule aufzwingen? Die Urheber dieser Maßnahme erklären es offen: Sie wollen im Elsaß die Einführung der sogenannten neutralen Schulen vorbereiten und beschleunigen, die von den Päpsten und von den 90 Bischöfen Frankreichs als eine Gefahr für den Glauben und für die Sitten bezeichnet worden ist... Katholische Eltern! Die Stunde ist gekommen, gegen die Feinde unserer Religion Front zu machen. Heute müßt ihr dem französischen Staat den Beweis liefern, daß euer Wille unbeugsam ist. Nachdem Hunderttausende von Unterschriften, nachdem die Wünsche der Generalräte und die Stimmen eurer Senatoren und Abgeordneten unbeachtet geblieben sind, bleibt euch nur noch der *Schulstreik* übrig, um die Pläne der Freimaurerei zu vernichten... Katholische Eltern! Wenn die Gewissensfreiheit und die religiösen Rechte eines einzigen Elsässers angetastet werden, dann erheben sich alle seine Glaubensbrüder, um den Verfolger zum Rückzug zu zwingen. Das verdet ihr durch eure Gegenwehr bekunden. Die Gegenwehr ist ein Gebot der Stunde und ein Akt der Notwehr. Sie ist mithin erlaubt und aus diesem Grunde segnet sie euer Bischof».

Wir haben vielleicht etwas lange bei diesem klerikalen «Kulturdokument» verweilt. Es ist aber so charakteristisch, daß wir es dem Leser der «Geistesfreiheit» nicht vorenthalten wollten. Würdig sekundiert wird der streitbare Bischof von Straßburg durch den Präsidenten des Aktionskomitees (Michel Walter), dessen «Aufruf an das christliche Volk», mit dem Hirtenbrief zu einem Flugblatt vereinigt, das Vorgehen des Ministerpräsidenten Herriot als einen Faustschlag für die christliche elsässische Bevölkerung bezeichnet, deren religiöse Ueberzeugung rücksichtslos vergewaltigt werde. «Christliches elsässisches Volk! Zeige dich der Stunde würdig! Die religiöse Zukunft deiner Kinder liegt in deiner Hand. Zeige, daß dein felsenfester, entschlossener Wille stärker ist als jede Maßnahme einer wortbrüchigen antiklerikalen Regierung.»

Inzwischen blieb auch die Gegenpartei nicht untätig. Die Präfekten der neuen Provinzen veröffentlichten ihrerseits Proklamationen, in denen auf den ungesetzlichen Charakter der Aktion der Klerikalen aufmerksam gemacht und an das gesunde Urteil der Bevölkerung appelliert wird. Die gewerkschaftlich organisierten Lehrer der in Frage kommenden Departemente faßten eine Resolution in gleichem Sinne und forderten ihre Kollegen auf, «sich strikte an die amtlichen Verfügungen zu halten, die Namen der fehlbaren Schüler zu notieren und der Behörde anzuzeigen, gegenüber den Herausforderungen die größte Ruhe an den Tag zu legen und der Gewalt, der Unordnung und der Auflehnung mit Würde entgegenzutreten und so der Jugend ein gutes Beispiel zu geben». Herriot selbst erklärte in einer Rede, die er anlässlich der Einweihung eines Denkmals für Jaurès in Castres hielt, er wolle lieber bekämpft werden, weil er seinem Programm treu geblieben sei, als dafür beglückwünscht werden, es zu verraten. Er könne nicht verstehen, wie man dazu komme, seiner Regierung den Vorwurf zu machen, Andersdenkende zu verfolgen. Niemals habe er die Gewissensfreiheit bedroht. Wenn seine Regierung einerseits ausdrücklich das Recht auf Gewissensfreiheit anerkenne, so müsse sie andererseits Protest erheben, wenn man ihr sage, die Wissenschaft und die Freiheit seien Götzen. Als seine Partei in der Opposition gewesen sei, habe sie alles unterlassen, was den Kredit

